Nr. 460
A 233
Morgen-Ausgabe
Berlin
Donnerstag, 29. September 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 2000—3499 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Moskaus neues Angebot

Unschlüssigkeit in Paris

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

lst **Paris**, 28. September

Die Meldung eines Mittagsblattes, wonach die französische Delegation bei den Verhandlungen mit Rußland gestern abend in einer Sitzung die von Nalowski neuerdings präsizierten Moskauer Vorschläge über die Regelung der russischen Vorkriegsschuld geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, daß diese für Frankreich unannehmbar seien, wird vom Quai d'Orsay dementiert. Obwohl Herr de Monzie, der Vorsitzende der französischen Delegation, der längere Zeit von Paris abwesend war, bereits Ende dieser Woche in Paris erwartet werde, sei ein Zusammentritt der Delegation vorläufig nicht in Aussicht genommen.

Wie wir dazu erfahren, wird zunächst der Ministerrat, der am Freitag zusammentritt, sich mit der politischen Seite des neuen russischen Angebots im Zusammenhang mit der in den letzten Tagen in der Presse geführten diplomatischen Kontroverse befassen.

In den maßgebenden Kreisen werden die Bemühungen der russischen Regierung, die seit dem Sommer unterbrochenen Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen, nicht sehr ernst genommen. Man sieht darin vor allem ein taktisches Manöver, das offenbar darauf spekuliert, die Inhaber der russischen Anleihetitel, durch die Aussicht auf die Wiederaufnahme eines, wenn auch nur beschränkten, Zinsendienstes mobil zu machen, und so einen Druck auf die französische Regierung in der Kreditfrage auszuüben.

Wie bekannt, hat Rußland die Aufnahme der Zahlungen, die in 60 Annuitäten zu je 60 Millionen Goldfranken erfolgen soll, von der Gewährung eines neuen französischen Kredites in Höhe von 600 Millionen Goldfranken abhängig gemacht. Allerdings ist es nicht eine Dar-Anleihe, die Rußland fordert, sondern lediglich ein Warenkredit, der auf 6 Jahre verteilt werden soll.

Frankreich würde danach sechs Jahre lang für je 100 Millionen Goldfranken Waren und Industrieerzeugnisse an Rußland zu liefern haben und dafür 60 Millionen Goldfranken an rückständigen Zinsen erhalten, so daß seine tatsächliche Leistung an Rußland sich auf jährlich 40 Millionen Goldfranken reduzieren würde.

In den Industriekreisen, für die die angesichts der täglich stärker fühlbar werdenden Absatzkrise die Aussicht auf das russische Geschäft eine starke Lockung darstellt, macht man mit Recht geltend, daß Frankreich mit der Annahme der neuen russischen Vorschläge nicht allzu viel riskiert, da mit den 60 Millionen Goldfranken, die Rußland sich in bar zu leisten verpflichtet, die Selbstkosten der gelieferten Ware reichlich gedeckt sein würden.

In den Kreisen der Regierung dagegen wird das russische Geschäft weniger günstig beurteilt, einmal weil man fest davon überzeugt ist, daß Moskau, dem es lediglich darum zu tun sei, einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu verhindern, nach Genehmigung des vorgeschlagenen Warenkredits die Zahlungen wieder einstellen werde, dann aber auch aus innerpolitischen Gründen, weil man mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen und die im Zusammenhang damit eingeleitete Kampagne gegen die Kommunisten einen allzu intimen Kontakt mit der Sowjetregierung vermeiden will.

Neue Arbeit für Briand

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

lst **Paris**, 28. September

Der Ministerrat, dem der gestern aus Genf zurückgekehrte Außenminister Briand über die Ergebnisse der Völkerbundstagung berichten wird, wird sich am Freitag darüber hinaus vor allem mit den französisch-russischen Verhandlungen und dem Tarifkonflikt zwischen Frankreich und Amerika zu befassen haben. Entgegen den früheren Ankündigungen scheint man hier von einer Veröffentlichung des darüber zwischen Paris und Washington geführten Notenwechsels Abstand nehmen zu wollen, da man davon eine Verschärfung der ohnedies nicht sehr aussichtsreichen Kontroverse befürchtet.

Die Antwort auf die letzte amerikanische Note, die der Ministerrat festzulegen haben wird, dürfte die Dinge jedenfalls kaum vorwärtsbringen. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, wird sie in allen wesentlichen Punkten negativ ausfallen. Jedenfalls wird die französische Regierung an dem bereits früher vertretenen Standpunkte festhalten, daß sie die von Amerika verlangte Meistbegünstigung nur gegen entsprechende Gegenleistungen gewähren kann, wozu sie schon mit Rücksicht auf diejenigen Länder verpflichtet sei, die mit Frankreich in vertraglich geregelten Handelsbeziehungen stünden.

Auch die belgische Regierung ist neuerdings an die französische mit dem Ersuchen nach einer Revision der französischen Tarife herangetreten. Sie macht dafür geltend, daß durch den neuen deutsch-französischen Vertrag die belgische Einfuhr, die bisher eine Vorzugsstellung in Frankreich hatte, stark benachteiligt werde. Der belgische Gesandte in Paris, der von seiner Regierung bereits zu Anfang dieser Woche mit einer Demarche in diesem Sinne beauftragt worden ist, diese aber mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Handelsministers verschieben mußte, wird darüber voraussichtlich morgen mit Finanzminister Poincaré Fühlung nehmen.

Volksabstimmung ohne Volk

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ra **Kowno**, 28. September

Im Laufe des Oktober soll nach den Plänen der Regierung Woldemaras die Volksabstimmung über die Verfassungsänderung stattfinden, die dem Staatspräsidenten und der Regierung größere Machtbefugnis bringen soll. Durch einige Bestimmungen, die sich auf die Zugehörigkeit Wilnas zum litauischen Staatsgebiet beziehen, hoffte Woldemaras auch die Parteien der Opposition, besonders die mächtigen Christlich-Demokraten, für sein Referendum zu gewinnen. Er hat sich getäuscht. Die Spannung zwischen ihm und der Opposition ist gerade in letzter Zeit so scharf geworden, daß nicht nur, wie es selbstverständlich ist, die Sozialdemokraten und die Volkssozialisten gegen die von Woldemaras gewünschten Verfassungsänderungen sind, sondern daß jetzt auch der frühere Staatspräsident Stulginskis für den Bauernbund und der frühere Ministerpräsident Dr. Bistras für die Christlich-Demokraten einen Aufruf veröffentlichen, in der die katholische Bevölkerung aufgefordert wird, der Abstimmung fernzubleiben. Das Referendum habe krasse antidemokratische Tendenzen und sei geeignet, die innen- und außenpolitische Lage des Staates aufs schwerste zu belasten. Im Interesse der politischen Entspannung schlagen die beiden Parteien vor, daß eine Koalitionsregierung gebildet und Parlamentswahlen nach der bisherigen Verfassung vorgenommen werden.

Daß Woldemaras auf diesen Kompromißvorschlag eingehen wird, ist natürlich ausgeschlossen, und deshalb sind von dem Boykott der Opposition schwerwiegende Folgen zu erwarten. Durch die gemeinsame Front der Boykottbewegung, der nun außer den Linksparteien auch noch der einflußreiche klerikal-reaktionäre Block angehört, dürfte das Schicksal des Referendums besiegelt sein.

Abreise von Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 28. September

Heute abend um 6.02 Uhr hat die deutsche Delegation mit ihren sämtlichen noch hier verbliebenen Mitgliedern, einschließlich des Staatssekretärs Goeppert, der in der heutigen Nachmittagssitzung des Rates den Außenminister Dr. Stresemann vertrat und der den Zug gerade noch eben erreichte, Genf verlassen. Die Delegation reist über Neuenburg, Biel, Basel und Frankfurt a. Main nach Berlin, wo sie morgen nachmittag gegen 4 Uhr eintrifft. Am Bahnhof hatten sich Generalkonsul Aschmann, Untergeneralsekretär Dufour, eine Reihe von Beamten des Völkerbundes und des Arbeitsamtes sowie eine Anzahl deutscher und ausländischer Journalisten zum Abschied eingefunden, die der deutschen Delegation bei der Abfahrt des Zuges eine Ovation darbrachten.

Die 48. Tagung des Völkerbundsrates beginnt am Montag, dem 5. Dezember d. J. Briand und Stresemann haben bereits miteinander vereinbart, daß sie, wenn irgend möglich, an dieser Tagung persönlich teilnehmen werden.

In Brasilien

Zur Interparlamentarischen Handelskonferenz

Von

Staatssekretär a. D. Oscar Meyer,

Mitglied des Reichstages

Rio de Janeiro, 5. September

Die Delegation des Deutschen Reichstags und die österreichische sind als die ersten in Brasilien eingetroffen. Wir sind diesem Zufalle sehr dankbar: einmal, weil wir dadurch einen besonders individuellen Empfang gefunden haben, und zweitens, weil er uns ermöglicht hat, eine Reihe von Tagen, der Kongreßarbeit fern, auf das Studium von Land und Leuten zu verwenden.

Die uns bereitete Aufnahme kann weder an Herzlichkeit noch an Großzügigkeit übertroffen werden. Unausgesetzt wurde uns in Wort und Tat der Wunsch bezeugt, wir sollten uns wie zu Hause fühlen, immer wieder hörten wir Freundlichkeiten und Liebenswürdigkeiten, überall umgab uns die Aufmerksamkeit der Gastgeber. Daß von der Kriegsstimmung, die ja hier auch nicht von innen heraus entstanden ist, kein Rest geblieben ist, wurde uns auch von den Deutschen in Brasilien bestätigt. Andererseits hatten wir die Freude, von hervorragenden Brasilianern Aeußerungen der Achtung und der Freundschaft für unsere Nation entgegenzunehmen, die keineswegs leere Höflichkeiten waren.

So schnell mithin unser Urteil über die Aufnahme fertig sein konnte, so wenig ist es hier auch bei größter Bemühung möglich, sich im Studium von Land und Leuten in kurzer Zeit eine selbständige Meinung zu bilden. Brasilien ist ein Land, etwa so groß wie Europa, das zwar zu einer Nation vereinigt ist, aber in sich Angehörige der verschiedensten Völker birgt, ein Land, in dem modernste Kultur vorhanden ist, aber sich auch noch ganz unerforschte Gebiete von beträchtlichem Umfange befinden, ein Land, erfüllt von Bodenschätzen und Naturreichtümern jeglicher Art — ein Märchenland, dessen Realitäten zu erkennen der Europäer Jahre braucht. Der flüchtige Besucher muß darauf verzichten, tiefe Einblicke zu erlangen, und zufrieden sein, wenn er Eindrücke erhält, deren Richtigkeit er an den Mitteilungen der Landeskundigen nachzuprüfen hat.

*

Der erste und sicherste dieser Eindrücke ist die Buntheit und Schönheit des Landes.

Wir hatten das Glück, daß unser Schiff — ausnahmsweise — in Recife, dem Hafen von Pernambuco, anlegte, so daß wir zunächst eine Stadt im heißen Norden Brasiliens betraten. Der Norden ist am meisten von Farbigen bewohnt, die dort vom hellen Gelb bis zum tiefen Schwarz jede Nuance aufweisen. Unmittelbar neben der Stadt sind weite Wälder von Kokospalmen und Mangobäumen, unterbrochen von Lagunen, in denen in primitiven Lehmhütten die unteren Klassen wohnen, mit Bananen und Brotfrüchten ihre Nahrung bestreitend. Bei dem Anblick ihrer Lebenshaltung bekommt man einen Begriff von der Anspruchslosigkeit des brasilianischen Proletariats, welche einen wichtigen Faktor für die Beurteilung der brasilianischen Wirtschaft bildet.

Dann fuhren wir drei Tage — bis Rio de Janeiro. Am frühen Morgen, wenige Stunden, nachdem das Kreuz des Südens vom Firmament verschwunden war, bogen wir, am Zuckerhut, einem aus dem Meere ragenden wuchtigen Felskegel, der Urzeit, vorbei, in die Bucht von Rio ein. Wir haben in Europa viel Schönes geschaut: aber alle Schönheiten Europas (allein abgesehen von den schneeigen Gipfeln) vereinigen und potenzieren sich in dieser wunderbaren Bucht, mit ihren Inseln und Bergen, deren Rücken und Täler der Urwald bedeckt, mit dem köstlichen Blick auf die meilenweit am Ufer sich hinziehende glänzende Hauptstadt, die zur großartigsten Metropole der Welt zu machen der Ehrgeiz des Landes ist. Gewiß, es fehlt ihr mancher Vorzug der meisten europäischen Hauptstädte: es ist eine Stadt ohne Patina, ohne einheitlichen Stil, ohne ständiges Theater (was wohl eine Folge des Klimas ist); doch tausendfach werden diese Mängel aufgehoben durch eine Natur, die verschwenderisch ihr Bestes hergegeben hat.

Wir sahen noch zwei andere Städte: die in rapidem Wachstum begriffene Industriestadt Sao Paolo, die Hauptstadt des Kaffeeitaates Sao Paolo, die man in zwölfstündiger Eisenbahnfahrt von Rio erreicht, und die Hafenstadt des Staates Sao Paolo, Santos. Die Stadt Sao Paolo mit ihren 1000 Fabriken ist an Schönheit gewiß nicht mit Rio vergleichbar. Trotzdem entbehrt sie keineswegs jeder landschaftlicher Reize: 800 Meter über dem Meeresspiegel gelegen, ist sie von einem Kranze herrlicher Berge umgeben, die von weitem denen des deutschen Mittelgebirges ähnlich sind.

Und in diesen schönen Städten, in diesem schönen Lande leben und arbeiten nebeneinander und miteinander Weiße und Farbige, Brasilianer und Eingewanderte, und alle sind vor dem Gesetz gleich. Es gibt keinen Rassenhaß in Brasilien.